Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zustellung durch Träger und in allen Filialen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 15. Dezember 1926 — Nummer 280

Der Bürgerblock perfekt!

Die Wahl des Ministerpräsidenten bis zum 11. Januar vertagt — Regierungsbildung hinter den Kulissen — Die Bürgerfront hinter der Heldt-Regierung — Die Haftentlassung Ewerts beschlossen

Reaktionäre Front in Sachsen

Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zur ASPS

Dresden, am 15. Dez. 1926.

Die gestern mittag erneut stattgefundenen Verhandlungen der bürgerlichen Parteien und der ASPS haben nach der von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Mücke abgegebenen Erklärung zu einer Einigung über die Regierungsbildung geführt. Die reaktionäre bürgerliche Mehrheit einschließlich der ASPS beschloß gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten, die Wahl des Ministerpräsidenten bis zum 11. Januar zu vertagen. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Heldt-Regierung wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Bürgerfront von den Deutschnationalen bis zu den Petkeleuten ist hergestellt. Die altsozialdemokratischen Renegaten haben gestern dem offenen Arbeiterverrat die Krone aufgesetzt. Der Koalitionsschacher ist perfekt geworden. Wie uns mitgeteilt wird, wird die künftige Regierungskoalition aus ASPS-Leuten bis zur Volkspartei unter stiller Duldung der Deutschnationalen bestehen. Mit der Hilfe der ASPS-Leute wurde der Bürgerblock in Sachsen in den Sattel gehoben. Zum Dank für diese Lakaiendienste sprachen gestern die Parteien des Bürgerblocks der Heldt-Regierung ihr Vertrauen aus. Geschlossen stand die reaktionäre Front hinter dem Kabinett politischer Bankrotteure. Herr Blüher hatte seine Leute an der Strippe, und die Wirtschaftspartei als auch die Partei für Volksrecht und Aufwertung — so nennt sich jetzt die Gruppe der „rotgekennzeichneten Tausendmäcker" — erwiesen sich als die gelehrigen Ekkehardc der schwarz-weiß-roten Drahtzieher.

Der seetüchtige Kapitänleutnant Mücke und sein Bursche erlebten den ersten parlamentarischen Schiffbruch. Herr Mücke strich die geblähten Segel. Aus seinem Ultimatum an die Parteien des Bürgerblocks — „so oder so" — eine Entscheidung herbeizuführen, wurde eine erbärmliche Kapitulation vor den gerissenen parlamentarischen Schiebern. Das nationalsozialistische Kraftmeiertum endigte im Sumpf des reaktionären Kompromisses.

In der Gruppe der Altsozialdemokraten traten gestern die seit längerer Zeit bestehenden Differenzen offen in Erscheinung. Herr Bethke versuchte, von den Deutschnationalen einen höheren Preis für seine Dienste zu erzielen und stimmte gegen Max Müller und Wirth gegen die Verschleppung der Ministerpräsidentenwahl bis zum 11. Januar. Auch bei der Haftentlassung Ewerts zeigte sich der Riß im Lager dieser Hilfstruppe der Reaktion.

•

Die sächsische Reaktion ist im Begriff, ihre Reihen zu formieren. Zur gleichen Zeit, da auf der ganzen Linie die sächsischen Industriellen zu immer frecheren Vorstößen gegen die Arbeiter ausholen, zur gleichen Stunde, da die Trustherren der Textil- und Zigarettenindustrie und die übrigen Kaukenertruppen den Arbeitern ihren Willen mit brutaler Gewalt aufzuzwingen versuchen, vollzieht sich der Zusammenschluß des Bürgerblocks in Sachsen und leitet eine neue Aera in der sächsischen Reaktionspolitik ein. Der Arbeiterschaft drohen ernste, schwere Gefahren. Sie steht vor ernsten Entscheidungen. Den Vorstoß der Reaktion abzuschlagen, wäre möglich, wenn die sächsischen SPD-Führer anstatt ihres parlamentarischen Komödienspieles ernsthaft den Kampf für die Interessen der Arbeiter führen würden. Die Arbeiter, die den linken sächsischen Führern der SPD am 31. Oktober ihre Stimme gegeben haben, wollten ernsthaften Kampf gegen die Reaktion. Ehrlich glaubten sie an die Versprechungen und die radikalen Phrasen der linken Führer. Jetzt sind sie wiederum die Betrogenen. Die Passivität der linken SPD-Führer, die Ablehnung jedes gemeinsamen außerparlamentarischen Kampfes gegen die Reaktion im Landtag. Die wütende Kommunistenhetze, die Liebmann auf einem erbärmlich niedrigen, persönlichen Niveau führte, hat dem Bürgerblock die Arbeit erleichtert. Mit der Ablehnung des gemeinsamen Kampfes gegen die Helfershelfer der reaktionären Front, gegen die Sozialfaschisten in den Gewerkschaften, mit dem Verzicht auf Massenmobilisation der Arbeiter wurde dem Bürgerblock der Weg bereitet. Die schwächliche Haltung der linken SPD-Führer und die Kommunistenhetze des Parteivorstandes, die die Dresdner Volkszeitung auch gestern wieder begeistert ausschlachtet, bewellen, daß den linken SPD-Führern nichts gelegen ist an einem ernsthaften Kampf gegen den Bürgerblock, sondern daß sie bereit sind, den Koalitionsbestrebungen des Parteivorstandes in Sachsen nachzugeben. In scharfer Weise rechnete Genosse Böttcher in seiner Rede, die wir an anderer Stelle wiedergeben, mit dem erbärmlichen Verhalten der linken Führer ab.

Die Einigung im Lager des Bürgertums ist für die sächsische Arbeiterschaft ein ernstes Signal. Es zeigt sich, daß die Kommunisten recht hatten, als sie erklärten, daß die reaktionäre Front nur durchbrochen werden kann durch schärfste außerparlamentarische Kampfmaßnahmen der Arbeiter. Jetzt gilt es, angesichts der immer freecheren Vorstöße der sächsischen Industriellen die gemeinsame Kampffront der Arbeiter in den Gewerkschaften und in den Betrieben gegen die Reaktion und ihre Helfershelfer trotz der feigen und ablehnenden Haltung der sächsischen „linken" SPD-Führer herzustellen. Der Kampf der Arbeiter muß sein: **Sammlung aller Kräfte in der roten Einheitsfront unter der Losung der KPD:**

Schluß mit der Reaktion in Sachsen!
Fort mit dem Bürgerblock!
Fort mit dem reaktionären Landtag!

Auflösungsantrag der Kommunisten

Die kommunistische Landtagsfraktion hat im Anschluß an die abermals nicht erfolgte Wahl des Ministerpräsidenten in der Dienstagsitzung des Landtags nunmehr den von ihr bereits angekündigten Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht. Die Kommunisten fordern, daß dieser Antrag noch vor den Weihnachtsfeiertagen im Landtag zur Verhandlung kommt.

Die Haftentlassung Ewerts beschlossen

In der gestrigen Landtagssitzung wurde der Antrag des Rechtsausschusses auf Haftentlassung des Landtagsabgeordneten Genossen Ewert angenommen. Für den Antrag stimmten außer den Kommunisten und Sozialdemokraten die Nationalsozialisten, die Gruppe der Aufwertungsparteiler und die Demokraten. Während der Abgeordnete Bethke für die Freilassung stimmte, suchten Max Müller und Wirth das Weite. Sie verschwanden in die Wandelgänge, in der Hoffnung, durch ihre Abwesenheit bei der Abstimmung einen verhaßten Kommunisten der Klassenjustiz ans Messer zu liefern. Nach den Ausführungen Bethkes ist damit zu rechnen, daß der Wahl- und Prüfungsausschuß das Mandat des Genossen Ewert für gültig erklären wird und die Hetze der Reaktion, die sich auf ganz erbärmliches Material stützt, zusammenbricht. Der Beschluß über die Haftentlassung wurde von den Kommunisten und auf den dicht besetzten Tribünen mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Landtagsauflösung!

Organisiert den außerparlamentarischen Kampf gegen die Reaktion und ihre Helfer!

Bei der Begründung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen die Heldt-Regierung in der gestrigen Landtagssitzung rechnete Genosse Böttcher in einer großangelegten Rede mit der Rolle der SPD und ihren Koalitionsbestrebungen ab. Er beleuchtete die außen- und innenpolitische Situation und geißelte scharf das schwächliche und feige Verhalten der linken SPD-Führer in Sachsen. Wir geben im nachstehenden einen Auszug aus der Rede des Genossen Böttcher wieder:

Die Kommunistische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der provisorischen Regierung das Mißtrauen auszusprechen. Wir haben uns dieses parlamentarischen Hilfsmittels bedient, um die Parteien des Landtages zu einer politischen Stellungnahme zu zwingen und um als Partei selbst Gelegenheit zu haben, unsere eigene Stellung zur Frage vor den Massen aufzurollen. Es ist richtig, daß die Regierung nach der Verfassung formell zurücktreten mußte, aber die Erklärung der Regierung, sie sei nur ein geschäftsführendes Kabinett, ändert nichts an der Tatsache, daß die Regierung ein reaktionäres politisches Kabinett ist (Sehr richtig bei den Kommunisten!), und deshalb sehen wir uns veranlaßt, in Verbindung mit dem Kuhhandel, der wegen der Regierungsbildung zwischen den einzelnen parlamentarischen Parteien getrieben wird, die Frage der Regierung zu stellen in Form eines Mißtrauensantrags gegen das Kabinett Heldt.

Es ist ja eine Tatsache daß das Kabinett Heldt nach dem Willen einer ganzen Anzahl Parteien hier im Hause als Uebergangskabinett weiterleben soll, und wir wollen eben verhindern, daß mit dem Mittel einer angeblich geschäftsführenden Regierung in Wahrheit der Bürgerblock in Sachsen faktisch regiert. Wir haben immer die Tatsache beobachten können, daß alle sogenannten geschäftsführenden Kabinette und alle Beamtenregierungen in Wahrheit nur die Verschleierung für einen größeren und stärkeren reaktionären politischen Kurs sind. Das trifft auch hier in Sachsen in vollem Umfange zu.

Sachsen wird beherrscht von der Lage im Reiche

Es ist deshalb auch durchaus verständlich, daß die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Sachsen sich derart in die Länge ziehen, weil ja im Reiche selbst Verhandlungen über die Regierungsbildung im Gange sind, und die Reichsparteien in Sachsen jedenfalls keine Vorentscheidung bei der Regierungsbildung in Sachsen treffen wollen, bevor diese Frage nicht endgültig im Reiche für die nächste Zeit gelöst ist. Es ist eine Tatsache, daß die SPD im Reiche jetzt mit Sturmschritt zur Großen Koalition eilt.

Bisher bestand im Reiche die Stille Koalition, die die Volkspartei zum Auffliegen gebracht hat. Die Rede des volksparteilichen Führers Scholz in Insterburg hat dem stillen Idyll, in dem sich die sozialistischen Führer mit dem Zentrumsplaffen Marx befanden, ein jähes Ende bereitet. Die Volkspartei hat durch ihren Vorstoß mit der Insterburger Rede ihres Führers Scholz den Weg freimachen wollen für den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Die Sozialdemokratie hat angekündigt, daß sie nunmehr endgültig und zum allerletzten Male gegen den Reichswehrminister Geßler mit ihren Enthüllungen aus der Aktentasche herauskommen werde, um ihm im Reichstage ein Tänzchen zu bereiten. Aber die sozialdemokratischen Führer im Reichstage haben nicht den Mut gehabt, diese Frage als eine Frage des Klassenkampfes vom Gesichtspunkte der proletarischen Interessen aus zu stellen, sondern die sozialdemokratischen Führer behandeln die Frage Geßlers und der Reichswehr als ein Kompensationsobjekt ihres parlamentarischen Kuhhandels.

Die Regierungsfrage und die politisch-ökonomische Lage in Deutschland

Zwischen den Deutschnationalen und Sozialdemokraten sind heute in der Führung der Außenpolitik keine Gegensätze mehr vorhanden. Das hat der deutschnationale Führer Höfich sehr oft zum Ausdruck gebracht. Er hat erklärt, die Außenpolitik sei nicht mehr ein Faktor in der Reichspolitik, der die Deutschnationalen hindere, an der Reichsregierung sich zu beteiligen. Die Stellungnahme der Deutschnationalen ist erklärlich aus der Wandlung der ökonomisch-politischen Situation in Deutschland. Die deutsche Industrie, das deutsche Finanzkapital ist im Begriff, sich auch außenpolitisch **stärker imperialistisch zu orientieren. Eine neuimperialistische Politik ist in Deutschland im Anzug.** Dieser neudeutsche Imperialismus entspricht natürlich, und das kann gar nicht anders sein, den Interessen des Finanzkapitals und der Schwerindustrie. Das Entscheidende in der jetzigen Situation ist die Abkehr der deutschen Außenpolitik von der Politik von Rapallo und die absolute Westorientierung. Die deutsche Regierung ist die Gefangene der westimperialistischen Mächte. Das ist die politische Seite. Oekonomisch ist das deutsche Schwerkapital und die deutsche Schwerindustrie längst aufs innigste verbunden mit der französischen, englischen und amerikanischen Industrie, das internationale Stahlabkommen, der Stahltrust, die Verhandlungen über den Chemietrust und die gesamten internationalen finanzkapitalistischen Transaktionen zeigen im vollen Umfange die ökonomische Verpflichtung der deutschen kapitalistischen Interessen mit den Interessen des kapitalistischen Auslandes, und dieser ökonomischen Politik entspricht natürlich der politische Ueberbau in der gegenwärtigen Situation. Die Abmachungen zwischen Stresemann und Briand, die faktisch bedeuten das Lawieren des deutschen Kapitals zwischen dem französischen und englischen Imperialismus. In der letzten Sitzung des Völkerbundsrats in Genf hat sich die deutsche Diplomatie eine vollendete Niederlage geholt. Die Völkerbundspolitik soll angeblich Schluß machen mit der internationalen Geheimdiplomatie. Die Völkerbundspolitik soll angeblich den Einfluß der Arbeiter im internationalen Maßstabe ermöglichen und die Kriegsgefahr beseitigen. Das ist die Stellung der Sozialimperialisten im Völkerbund.

Man kann die Interessen der Arbeiterschaft nicht wahrnehmen, indem man sich mit dem Völkerbunde solidarisiert und im Völkerbunde arbeitet, sondern die Interessen der Arbeiterklas-